Richard Bärnthaler

UMWELTPOLITIK NEU DENKEN – FÜR EINEN SOZIAL-ÖKOLOGISCHEN ANSATZ[1]

ZUSAMMENFASSUNG

Die Umweltpolitik verfehlt ökologische Ziele und stößt auf wachsenden Widerstand. Der Beitrag plädiert für eine sozial-ökologische Neuausrichtung mit Suffizienz als Leitprinzip – verstanden als „Genug" für ein gutes Leben. Er kritisiert die liberale Umweltpolitik, die strukturelle Ursachen ignoriert und kollektive Handlungsmacht blockiert. Suffizienzorientierte Politik setzt dem kollektive, dekommodifizierte Infrastrukturen wie Universal Basic Services entgegen, die soziale Sicherheit mit ökologischer Verantwortung verbinden und neue Allianzen ermöglichen. Beispiele aus den Bereichen Wohnen und Mobilität zeigen, wie soziale und ökologische Ziele gemeinsam erreichbar sind.

- Suffizienz ist kein individueller Lebensstil, sondern ein gesellschaftliches Organisationsprinzip.
- Technologische Lösungen und Preissignale allein reichen nicht aus – soziale Praktiken und politökonomische Strukturen müssen transformiert werden.
- Sozial-ökologische Politik stärkt kollektive Infrastrukturen, ermöglicht Teilhabe, verbindet soziale Sicherheit mit ökologischer Verantwortung und schafft neue Allianzen.

ABSTRACT

Environmental policy is failing to meet ecological goals and is facing growing public resistance. This article calls for an eco-social reorientation, placing sufficiency – understood as 'enough' for a good life – at its core. It critiques liberal environmentalism for ignoring structural causes and undermining collective agency. In contrast, sufficiency-oriented policy promotes collective, decommodified infrastructures such as Universal Basic Services, which combine social security with ecological responsibility and foster new alliances. Examples from housing and mobility illustrate how social and ecological goals can be pursued in tandem.

- Sufficiency is not an individual lifestyle, but a social organising principle.
- Technology and price signals alone are insufficient – social practices and political-economic structures must be transformed.
- Eco-social policy strengthens collective infrastructures, enables participation, links social security with ecological responsibility, and enables new alliances.

1 Dieser Beitrag entstand im Kontext des Projekts „HABITATION-CORRIDORS – Transforming essential provision systems through eco-social corridors" (FO999913168), finanziert durch Mittel des Klima- und Energiefonds.

1 EINLEITUNG

Die Umweltpolitik befindet sich in einer doppelten Krise: Einerseits werden zentrale ökologische Ziele wie die Emissionsreduktion und der Schutz der Biodiversität systematisch verfehlt. Andererseits sieht sie sich einem wachsenden gesellschaftlichen Widerstand gegenüber – verschärft durch Energieunsicherheit und steigende Lebenshaltungskosten.

Um dieser Krise zu begegnen, braucht es eine grundlegende Neuausrichtung – sowohl in der Form („politics", also der Logik des Regierens) als auch im Inhalt („policies", also den konkreten Maßnahmen). Der Schlüssel liegt in einem sozial-ökologischen Ansatz, der ökologische und soziale Fragen nicht getrennt, sondern gemeinsam denkt – und so neue, breite gesellschaftliche Allianzen ermöglicht.

2 DAS DOMINANTE PARADIGMA DER LIBERALEN UMWELTPOLITIK

Die gegenwärtige Umweltpolitik folgt weitgehend dem Paradigma des „environmental liberalism" (Bernstein 2001; Shaw 2023), das auf individuellem Verhalten, Marktmechanismen und technologischen Lösungen basiert. Im Zentrum steht die Dekarbonisierung – verstanden als Entkopplung von Wirtschaftswachstum und CO_2-Ausstoß. Dieses Ziel soll vor allem durch die „richtigen Preise" (z. B. CO_2-Bepreisung), erneuerbare Energieträger und Effizienzsteigerungen erreicht werden.

Doch die Hoffnung auf eine absolute konsumbasierte Entkopplung von Wachstum und ökologischem Druck erweist sich als illusionär – sowohl in Bezug auf das notwendige Ausmaß als auch hinsichtlich der erforderlichen Geschwindigkeit (Haberl et al. 2020; Vogel/Hickel 2023). Zudem gehen vermeintliche Entkopplungserfolge, etwa bei CO_2, häufig zulasten anderer planetarer Grenzen wie der Biodiversität – etwa durch die verstärkte Ausbeutung kritischer Rohstoffe für grüne Technologien (Vezzoni 2023).

Das dominante liberale Paradigma beruht auf einem tief verankerten Dualismus zwischen Natur und Gesellschaft: Umweltprobleme gelten als „externe" Störungen, die sich durch technische Korrekturen beheben lassen – ohne die zugrunde liegenden sozialen Praktiken infrage zu stellen (Bärnthaler 2024a). Doch genau diese Praktiken – etwa Mobilitätsmuster oder Wohnformen – sind konstitutiv für die sozial-ökologische Krise.

„Lösungen" wie Elektroautos oder Passiveinfamilienhäuser versprechen eine effizientere Fortsetzung des Bestehenden. Technologien wie Carbon Capture and Storage (CCS) oder Geoengineering zielen darauf ab, die Welt „da draußen" zu verändern – damit wir uns selbst möglichst wenig verändern müssen. Solche Strategien umgehen die notwendige Transformation sozialer Praktiken und kapitalistischer Strukturen. Technologische Innovationen allein reichen nicht aus, wenn sie lediglich bestehende strukturell nicht nachhaltige Lebensweisen effizienter gestalten, ohne sie grundlegend zu verändern.

Entgegen dem häufig vorgebrachten Argument, dies sei ein pragmatischer Weg, um „die Menschen mitzunehmen", lässt sich – mit Chris Shaw (2024, o. S.) – das Folgende argumentieren:

„What is the most that a working-class person could hope for from a net-zero future? At present, in the vision being broadly promoted, it's the same hard work, the same exploitation, but with a heat pump instead of a gas boiler. […] The vision presented is basically: 'this world, but without

Sozialpolitik in Diskussion, Band 26/2026: Seiten 107–115

the emissions.' But there is just no understanding of working-class experience. It's all, 'Come on, care! Be concerned about this heat pump, get behind dropping meat from your diet one day a week, be part of this transformation.' And for what? The same as now. Nothing changed about the status quo, the structures, the norms, what it's possible to hope for and aspire to."

Diese Kritik macht deutlich: Eine sozial-ökologische Transformation kann nicht darin bestehen, herrschende Verhältnisse lediglich emissionsärmer zu gestalten. Sie muss die Frage stellen, für wen und unter welchen Bedingungen Zukunft gestaltet wird.

Zudem wird häufig übersehen, dass das, was in manchen ökonomischen Theorien als „Externalitäten" bezeichnet wird – etwa Umweltverschmutzung –, systematisch im kapitalistischen Wirtschaftssystem erzeugt wird (Spash 2021; Kapp 1970). Es handelt sich nicht um bloße „Preisfehler", die sich durch Marktanpassungen korrigieren lassen, sondern um strukturelle Mechanismen: das Abwälzen von Kosten auf andere – etwa durch die **Ausbeutung** von Arbeitskraft, die **Aneignung** natürlicher Ressourcen, Territorien und unbezahlter Arbeit (Fraser 2014; Harvey 2003) oder durch eine **imperiale Lebensweise** (Brand/Wissen 2017). Diese vermeintlichen „Externalitäten" sind kein (externer) Nebeneffekt, sondern ein zentrales Funktionsprinzip kapitalistischer Ökonomien. Ohne sie funktioniert Kapitalismus nicht.

Letztlich führt die Fixierung der liberalen Umweltpolitik auf individuelles Verhalten, Preissignale und technologische Lösungen an der eigentlichen Herausforderung vorbei: der tiefgreifenden Transformation sozialer Praktiken und politökonomischer Verhältnisse. Sie zementiert zugleich einen „capitalist realism" (Fisher 2009) – jenes Gefühl, dass es zwar viele Krisen gibt, aber keine denkbare Alternative zum Bestehenden – und blockiert damit das Potenzial kollektiver Handlungsmacht. Gerade dieses transformative Moment wäre notwendig, um Zukunft jenseits des Status quo gerecht und grundlegend besser zu gestalten.

3 MIT SUFFIZIENZ ZUR SOZIAL-ÖKOLOGISCHEN POLITIK

Um den sozial-ökologischen Krisen wirksam zu begegnen, reicht es nicht aus, allein auf technologische Innovationen und Effizienzsteigerungen zu setzen (Novy et al. 2025). Vielmehr braucht es einen grundlegenden Paradigmenwechsel hin zur **Suffizienz** – also einer bewussten Gestaltung von Produktion und Konsum entlang des Leitprinzips des „Genug" (Bärnthaler 2024b; Bärnthaler/Gough 2023; Gough 2023). Dieses „Genug" ist doppeldeutig zu verstehen: als ausreichend, um ein gutes Leben zu ermöglichen, und zugleich als nicht zu viel, um planetare Grenzen nicht zu überschreiten und anderen nicht die Lebensgrundlagen zu entziehen.

Der deutsche Sachverständigenrat für Umweltfragen (2024, 7) definiert Suffizienz wie folgt:

„Erstens ist Suffizienz ein in den Umweltwissenschaften lange etabliertes Konzept. Es grenzt sich ab von Effizienz (weniger Input je Output) und Konsistenz (umweltgerechterer Input). Im Gegensatz dazu zielt Suffizienz auf eine absolute Reduktion von Outputs, also eine bewusste gemeinschaftliche Selbstbegrenzung bei ökologisch kritischen Gütern und Dienstleistungen. Zweitens ist Suffizienz mit der Bedeutung ‚genügen' (lat. sufficere) anschlussfähig an Gerechtigkeitsfragen: Suffizienz zielt darauf ab, dass alle Menschen ausreichenden Zugang zu natürlichen Ressourcen haben. Für Menschen in Armut kann ‚genug' also auch ‚mehr' bedeuten. Ein ‚Weniger' erfordert Suffizienz für ressourcenintensiv lebende Gruppen. Dies sind die Mittel- und Oberschichten vor allem (aber nicht nur) in den reichen Ländern."

Yamina Saheb (2021), deren Definition Eingang in die Berichte des IPCC gefunden hat, beschreibt Suffizienz wie folgt:

„Sufficiency is a set of policy measures and daily practices which avoid the demand for energy, materials, land, water, and other natural resources, while delivering wellbeing for all within planetary boundaries. Sufficiency bridges the inequality gap by setting clear consumption limits to ensure a fair access to space and resources. There are two sets of limits for sufficiency: an upper and lower boundary. The upper limit of sufficiency is the remaining carbon budget with its normative target for distributional equity. The lower limit of sufficiency is the provision of decent living standard's requirements. A decent living standard being a set of essential material preconditions for human wellbeing which includes housing, nutrition, basic amenities, health care, transportation, information, education, and public space."

Suffizienz bedeutet nicht einfach „weniger", sondern auch „mehr" – je nach Kontext, sozialer Lage und Bedarf. Für jene, denen es an grundlegenden Ressourcen mangelt, heißt Suffizienz: mehr Zugang zu gutem Wohnraum, Energie, Mobilität und Zeit. Das Konzept zielt auf eine absolute Reduktion des Ressourcen- und Energieverbrauchs ab und stellt gleichzeitig einen gerechten Zugang zu lebenswichtigen Gütern und Dienstleistungen sicher.

Suffizienz erfordert einen umfassenden Umbau von Infrastrukturen, Regulierungen und Institutionen – mit dem Ziel, kollektives Wohlergehen über individuellen Überfluss zu stellen. Dieser Wandel umfasst etwa kompakte Siedlungsstrukturen, multifunktionale öffentliche Räume, die Begrenzung von Leerstand und spekulativem Wohnraum, ein Recht auf Reparatur, die Reduktion des Bodenverbrauchs sowie dekommodifizierende Regulierungen, die zentrale Lebensbereiche wie Wohnen, Pflege und Mobilität dem Markt bzw. der Profitlogik entziehen. Auch ein sozial-ökologisches Arbeitsrecht, das faire Arbeitsbedingungen mit ökologischer Verantwortung verbindet, ist ein zentraler Bestandteil. Institutionell bedeutet Suffizienz neue Verständnisse vom „guten Leben" sowie die Entwicklung neuer Kompetenzen – etwa für multimodale Mobilität, gemeinschaftliches Wohnen, Reparatur und die demokratische Mitgestaltung von Versorgungssystemen. Suffizienz ist somit explizit kein individueller Lebensstil, sondern ein gesellschaftliches Organisationsprinzip (Princen 2003; Bärnthaler et al. 2025a).

4 VON ELITÄRER UMWELTPOLITIK ZU SOLIDARISCHER TRANSFORMATION UND NEUEN ALLIANZEN

Ein zentrales Problem der gegenwärtigen Umweltpolitik liegt in ihrer sozialen Schlagseite: Viele Studien zur Akzeptanz umweltpolitischer Maßnahmen – geprägt vom Paradigma des Umweltliberalismus – konzentrieren sich auf individuelle Werte und Einstellungen. Dabei identifizieren sie vor allem bildungsnahe, wohlhabende Milieus als „Träger der Transformation" (z. B. Schleer et al. 2024 in einem Bericht für die Friedrich-Ebert-Stiftung). Diese Gruppen gelten als besonders aufgeschlossen gegenüber technologischen Innovationen und bereit, für „grüne" Produkte mehr zu zahlen. Ironischerweise sind es jedoch gerade diese Milieus, die überdurchschnittlich große ökologische Fußabdrücke aufweisen – und gleichzeitig wenig Bereitschaft zeigen, ihren ressourcenintensiven Lebensstil grundlegend zu verändern.

Gleichzeitig werden einkommensschwache Bevölkerungsgruppen häufig als „Verweigerer" (z. B. Schleer et al. 2024) oder als „unaufgeklärt" etikettiert. Diese Zuschreibungen schlagen sich in der Forderung nach besserer Kommunikation nieder: Umweltpolitik müsse „besser erklärt" werden,

um Akzeptanz zu finden. Doch eine vereinfachte Sprache ändert nichts an der Form und dem Inhalt einer Politik, die strukturell an den Bedürfnissen vieler Menschen vorbeigeht. Eine Politik, die sich primär an den Konsumgewohnheiten privilegierter Gruppen orientiert, bleibt elitär.

Eine sozial-ökologische Politik setzt hier einen Kontrapunkt. Sie versteht sich als Antwort auf diese soziale Schieflage und baut auf Allianzen mit jenen, denen es an grundlegenden Ressourcen fehlt: Zugang zu gutem Wohnraum, zu öffentlicher Infrastruktur, zu Energie, Mobilität und Zeit. Suffizienzorientierte Politik bedeutet in diesem Sinne nicht Verzicht, sondern Ermöglichung – sie stärkt Grundversorgungssysteme, schafft Lebenssicherheit und ermöglicht soziale Teilhabe.

Diese Perspektive verschiebt den Fokus: Es geht nicht mehr primär um individuelles „Umweltbewusstsein", sondern um gerechte Teilhabe am gesellschaftlichen Leben. Während liberale Umweltpolitik soziale Verbesserungen oft als „Co-Benefits" begreift – als positive Nebeneffekte ökologischer Maßnahmen –, sind sie im sozial-ökologischen Ansatz konstitutiv. Was dort als Zusatz gilt, ist hier Ausgangspunkt und Ziel zugleich.

Die zentrale Herausforderung besteht darin, sichtbar zu machen, dass gute Lebensbedingungen für alle nur möglich sind, wenn Überproduktion und Überkonsum begrenzt werden. Es gilt, das „Zuviel" mit dem „Zuwenig" in Beziehung zu setzen.

5 BEISPIELE SOZIAL-ÖKOLOGISCHER POLITIK IN DER PRAXIS: WOHNEN UND MOBILITÄT

Der Wohnbereich zeigt exemplarisch, wie sozial-ökologische Politik ökologische und soziale Herausforderungen gemeinsam adressieren kann (z. B. Novy et al. 2024). Während herkömmliche Strategien häufig auf Neubau setzen – mit negativen Folgen für Biodiversität, Bodenverbrauch und Emissionen –, geht die sozial-ökologische Perspektive darüber hinaus. Sie erkennt, dass wachstumsgetriebene Wohnraumbereitstellung nicht nur ökologisch problematisch, sondern auch sozial unzureichend ist.

So führt etwa die finanzialisierte Wohnraumproduktion – also das Bauen nicht für den Bedarf, sondern für die Kapitalanlage – zu steigenden Bodenpreisen, Mieten und einer Verschärfung der Wohnungsnot. Zweit- und Drittwohnsitze entziehen dem Markt dringend benötigten Wohnraum, während die Zersiedelung durch Neubau am Stadtrand Autoabhängigkeit fördert, soziale Infrastrukturen schwächt und die Lebenshaltungskosten erhöht.

Auch soziale Isolation im Alter ist ein Ausdruck dieser Fehlentwicklung: Viele ältere Menschen leben allein in übergroßen Eigenheimen – fern von sozialen Kontakten. Die Folge ist eine paradoxe Situation: Unterauslastung auf der einen, Wohnungsmangel auf der anderen Seite – mit sozialen Problemen auf beiden Seiten.

Eine sozial-ökologische Wohnpolitik setzt hier an. Sie erkennt die Notwendigkeit energetischer Sanierung, geht aber darüber hinaus. Ihr Ziel ist die Dekommodifizierung des Wohnens, die Regulierung übermäßiger Wohnflächen, die konsequente Mobilisierung von Leerstand und untergenutzten Einheiten sowie die Förderung von gemeinschaftlichen Wohnformen, von Programmen für Mehrgenerationenwohnen und von Modellen zur besseren Nutzung vorhandenen Wohnraums. Anders als die liberale Umweltpolitik, die auf Technik, Preissignale und Neubau setzt, stellt sie die Nutzung und Verteilung des bestehenden Wohnraums in den Mittelpunkt.

Denn selbst das effizienteste Passivhaus bleibt eine Ressourcenverschwendung, wenn es leer steht, als Kapitalanlage dient oder soziale Isolation verstärkt.

Auch im Verkehrsbereich wird deutlich, wie wachstumsorientierte Systeme soziale und ökologische Probleme verschärfen. Der Fokus auf individuelle Automobilität führt nicht nur zu hohen Emissionen und Flächenverbrauch, sondern auch zu sozialer Ungleichheit: Wer kein Auto besitzt, ist oft von Mobilität ausgeschlossen.

Die blinde Anwendung des Effizienzprinzips im Verkehrsbereich führt zu paradoxen Ergebnissen: Zwar werden Autos technisch immer effizienter, gleichzeitig aber auch größer und schwerer. Besonders SUVs – energieintensive Luxusgüter mit hoher Einkommenselastizität (Oswald et al. 2023) – werden vor allem von Wohlhabenden genutzt, die überproportional viel für sie ausgeben. Ein durchschnittliches Auto in Europa wiegt heute um rund 20 % mehr als noch im Jahr 2000 und beansprucht deutlich mehr Parkfläche. Dieser Zuwachs macht Effizienzgewinne zunichte und verdrängt öffentlichen Raum – Raum, der für alle, aber insbesondere für einkommensschwächere Haushalte von zentraler Bedeutung ist.

Autozentrierte Siedlungsstrukturen vertiefen Abhängigkeiten: längere Wege, höhere Kosten, weniger Zeit. Während einige täglich im SUV zur Arbeit pendeln, fehlt anderen der Bus zur nächsten Arztpraxis. Die entscheidende Frage lautet daher: Wofür wollen wir eigentlich mobil sein?

Ein sozial-ökologischer Mobilitätsansatz rückt genau diese Bedürfnisse in den Mittelpunkt – etwa wohnortnahe Versorgung, dezentrale Arbeitsplätze, Pflegeeinrichtungen und Erholungsräume. Statt individueller Automobilität fördert er kompakte, durchmischte Siedlungsstrukturen, stärkt aktive Fortbewegung und sichert soziale Teilhabe. Mobilität wird so nicht länger als privates Konsumgut verstanden, sondern als kollektives Recht, eingebettet in sozial-ökologische Infrastrukturen. Weniger Verkehr kann dabei zu mehr Mobilität führen – im Sinne von alltäglicher Beweglichkeit, besserer Erreichbarkeit und mehr Lebensqualität.

6 FAZIT: SUFFIZIENZ ALS LEITPRINZIP SOZIAL-ÖKOLOGISCHER POLITIK

Sozial-ökologische Politik beginnt mit einer grundlegenden Verschiebung des Blickwinkels: weg von der Fixierung auf individuelles Verhalten, Marktmechanismen und technologische Lösungen – hin zu kollektiver Gestaltung, demokratischer Planung und gerechter Verteilung. Effizienz und Innovation bleiben wichtig, doch sie müssen eingebettet sein in ein übergeordnetes Prinzip: das der Suffizienz.

Suffizienz ist kein individueller Lebensstil, sondern ein gesellschaftliches Organisationsprinzip. Es beschreibt den Raum zwischen einem gesicherten Minimum – dem Zugang zu grundlegenden Gütern und Dienstleistungen – und einer Obergrenze für nicht verallgemeinerbare Überproduktion und -konsum. Dieses Prinzip orientiert sich an Bedürfnissen, Verteilungsgerechtigkeit und planetaren Grenzen.

Im Zentrum einer suffizienzorientierten sozial-ökologischen Politik stehen kollektive dekommodifizierte Infrastrukturen – etwa in Form von „Universal Basic Services" (Coote/Percy 2020). Dazu zählen ein gut ausgebauter öffentlicher Nahverkehr, staatlich geförderte Programme zur energetischen Sanierung, öffentlicher Wohnraum durch die Umnutzung leer stehender Gebäude, Reparaturzentren, gesundes und regionales Schul- und Kindergartenessen, kommunale Super-

märkte mit regionalem Angebot zu Grundversorgungspreisen sowie eine nachhaltige Energieversorgung mit garantiertem Mindestkontingent und progressiver Preisgestaltung. All diese Angebote entlasten Haushalte finanziell, verringern die Abhängigkeit von volatilen Märkten, stärken lokale Resilienz – und senken zugleich den Ressourcen- und Energieverbrauch (Wiese et al. 2024; Vogel et al. 2021).

Diese Strategie ist nicht nur wirksam, sondern auch anschlussfähig: Die Rückgewinnung öffentlicher Kontrolle über zentrale Lebensbereiche trifft auf breite Zustimmung. Sie verbindet soziale Sicherheit mit ökologischer Verantwortung und wirft zugleich zentrale Fragen auf: Wer kontrolliert die Versorgung? Wer verfügt über die Produktions- und Reproduktionsmittel? Wer produziert was für wen und unter welchen Bedingungen?

In einer Zeit, in der „Sicherheit" zum politischen Schlüsselbegriff geworden ist, eröffnet Suffizienz neue Möglichkeiten für Allianzen (Bärnthaler et al. 2025b). Denn Sicherheit bedeutet mehr als Verteidigung: Sie umfasst soziale Absicherung, ökologische Stabilität und demokratische Kontrolle über das, was uns versorgt. Suffizienzpolitik ist daher nicht nur Klimapolitik – sie ist Daseinsvorsorge, Gerechtigkeitspolitik und Demokratiepolitik zugleich.

BIBLIOGRAFIE

Bärnthaler, Richard (2024a). Towards eco-social politics: A case study of transformative strategies to overcome forms-of-life crises. Environmental Politics 33 (1), 92–113.

Bärnthaler, Richard (2024b). When enough is enough: Introducing sufficiency corridors to put techno-economism in its place. Ambio 53 (7), 960–969.

Bärnthaler, Richard/*Barlow,* Nathaniel/*Novy,* Andreas/*Aigner,* Ernest (2025a). Conceptualizing transformative climate action: Insights from sufficiency research. Climate Policy 0 (0), 1–20.

Bärnthaler, Richard/*Gough,* Ian (2023). Provisioning for sufficiency: Envisaging production corridors. Sustainability: Science, Practice and Policy 19 (1), 2218690.

Bärnthaler, Richard/*Mang,* Sebastian/*Hickel,* Jason (2025b). Towards a post-growth industrial policy for Europe: Navigating emerging tensions and long-term goals. Globalizations 0 (0), 1–25.

Bernstein, Steven (2001). The Compromise of Liberal Environmentalism. Columbia University Press.

Brand, Ulrich/*Wissen,* Markus (2017). Imperiale Lebensweise: Zur Ausbeutung von Mensch und Natur in Zeiten des globalen Kapitalismus. oekom Verlag.

Coote, Anna/*Percy,* Andrew (2020). The Case for Universal Basic Services. Polity.

Fisher, Mark (2009). Capitalist Realism: Is There No Alternative? John Hunt.

Fraser, Nancy (2014). Behind Marx's Hidden Abode. New Left Review 86, 55–72.

Gough, Ian (2023). Sufficiency as a Value Standard: From Preferences to Needs. Ethics, Policy & Environment 0 (0), 1–22.

Haberl, Helmut/*Wiedenhofer,* Dominik/*Virág,* Doris/*Kalt,* Gerald/*Plank,* Barbara/*Brockway,* Paul/*Fishman,* Tomer/*Hausknost,* Daniel/*Krausmann,* Fridolin/*Leon-Gruchalski,* Bartholomäus/*Mayer,* Andreas/*Pichler,* Melanie/*Schaffartzik,* Anke/*Sousa,* Tania/*Streeck,* Jan/*Creutzig,* Felix

(2020). A systematic review of the evidence on decoupling of GDP, resource use and GHG emissions, part II: Synthesizing the insights. Environmental Research Letters 15 (6), 065003.

Harvey, David (2003). The new imperialism. Oxford University Press.

Kapp, Karl William (1970). Environmental Disruption and Social Costs: A Challenge to Economics. Kyklos 23 (4), 833–848.

Novy, Andreas/*Baumgartner,* Benjamin/*Grabow,* Simon/*Plank,* Leonhard/*Volmary,* Hans (2024). Greening Red Vienna: Lessons for social-ecological housing provision. Sustainability: Science, Practice and Policy 20 (1), 2312674.

Novy, Andreas/*Resch,* Gustav/*Spittler,* Nathalie et al. (2025). Transformation pathways. In: Daniel *Huppmann*/Margreth *Keiler*/Keywan *Riahi*/Harald *Rieder* (Hg.). Second Austrian Assessment Report on Climate Change (AAR2) of the Austrian Panel on Climate Change (APCC). Austrian Academy of Sciences Press. Online verfügbar unter https://aar2.ccca.ac.at/chapters/8 (abgerufen am 20.08.2025).

Oswald, Yannick/*Millward-Hopkins,* Joel/*Steinberger,* Julia K./*Owen,* Anne/*Ivanova,* Diana (2023). Luxury-focused carbon taxation improves fairness of climate policy. One Earth.

Princen, Thomas (2003). Principles for Sustainability: From Cooperation and Efficiency to Sufficiency. Global Environmental Politics 3 (1), 33–50.

Sachverständigenrat für Umweltfragen (2024). Suffizienz als „Strategie des Genug": Eine Einladung zur Diskussion. Sachverständigenrat für Umweltfragen.

Saheb, Yamina (2021). COP26: Sufficiency should be first. Buildings & Cities. Online verfügbar unter https://www.openexp.eu/posts/cop26-sufficiency-should-be-first (abgerufen am 20.08.2025).

Schleer, Christoph/*Wisniewski,* Naima/*Reusswig,* Fritz (2024). Sozialökologische Transformation gestalten: Wie gesellschaftliche Barrieren überwunden und Resonanzpotenziale genutzt werden können. Friedrich-Ebert-Stiftung.

Shaw, Christopher (2023). Liberalism and the Challenge of Climate Change. Routledge.

Shaw, Christopher (2024). Liberal Blindspots: Interview by Tim Sahay. Phenomenal World. Online verfügbar unter https://www.phenomenalworld.org/analysis/liberal-blindspots/ (abgerufen am 20.08.2025).

Spash, Clive L. (2021). The Contested Conceptualisation of Pollution in Economics: Market Failure or Cost Shifting Success? Cahiers d'économie politique 79 (1), 85–122.

Vezzoni, Rubén (2023). Green growth for whom, how and why? The REPowerEU Plan and the inconsistencies of European Union energy policy. Energy Research & Social Science 101, 103134.

Vogel, Jefim/*Hickel,* Jason (2023). Is green growth happening? An empirical analysis of achieved versus Paris-compliant CO2–GDP decoupling in high-income countries. The Lancet Planetary Health 7 (9), e759–e769.

Vogel, Jefim/*Steinberger,* Julia K./*O'Neill,* Daneil W./*Lamb,* William F./*Krishnakumar,* Jaya (2021). Socio-economic conditions for satisfying human needs at low energy use: An international analysis of social provisioning. Global Environmental Change 69, 102287.

Wiese, Frauke/*Taillard*, Nicolas/*Balembois*, Emile/*Best*, Benjamin/*Bourgeois*, Stephane/*Campos*, José/*Cordroch*, Luisa/*Djelali*, Mathilde/*Gabert*, Alexandre/*Jacob*, Adrien/*Johnson*, Elliott/*Meyer*, Sébastien/*Munkácsy*, Béla/*Pagliano*, Lorenzo/*Quoilin*, Sylvain/*Roscetti*, Andrea/*Thema*, Johannes/*Thiran*, Paolo/*Toledano*, Adrien/*Vogel*, Bendix/*Zell-Ziegler*, Carina/*Marignac*, Yves (2024). The key role of sufficiency for low demand-based carbon neutrality and energy security across Europe. Nature Communications 15 (1), 9043.